

### **Zukunft für den öffentlichen Dienst im Freistaat Thüringen**

Die dbb jugend thüringen ist ein gewerkschaftlicher Jugendverband, der den Anspruch erhebt, die Zukunft des öffentlichen Dienstes in der Mitte Deutschlands zu gestalten und nachhaltige Vorschläge für die Fragen des 21. Jahrhunderts zu machen.

Die junge Generation im öffentlichen Dienst des Freistaats Thüringen steht heute vor besonderen Herausforderungen: Über 30 Jahre nach dem Ende der Deutschen Teilung und dem nachfolgenden Aufbau einer neuen staatlichen Struktur in der Mitte von Deutschland, geht die Vorwendegeneration allmählich in den Ruhestand. An uns als junger Generation liegt es, eine lebenswerte Zukunft im Freistaat und ein lebenswertes Arbeitsumfeld in seinem öffentlichen Dienst zu schaffen und auch zu erstreiten.

Thüringen ist ein alterndes Bundesland. Auch über 30 Jahre nach der politischen Wende leidet das Land unter strukturellen Problemen und zu niedrigen Einkommen. Wiederum ist Thüringen durch seine Vielfalt geprägt und ist, aufgrund seiner wechselvollen Geschichte, eines der kulturell reichsten Länder der Bundesrepublik. Seine Lage in der Mitte Deutschlands und Europas macht es zum attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort. Die Gegensätze und Unausgewogenheit im Land treiben viele Menschen um, auch im öffentlichen Dienst. Dies schlägt sich auch in den politischen Entwicklungen unserer Zeit nieder. Im Bewusstsein der bewegten gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen unserer Zeit, sowie der vielen Herausforderungen, welche in Thüringen auf uns warten, beziehen wir nachfolgende Positionen:

### **Schutz der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums**

Auch im 21. Jahrhundert ist das Berufsbeamtentum kein „alter Hut“. Ohne Beamte wäre, im wahrsten Sinne des Wortes, kein Staat zu machen. In Polizei, Rettungsdienst, Feuerwehr, aber auch in Verwaltung, Finanzverwaltung, Zoll, Schuldienst und in vielen weiteren Bereichen sind sie nicht wegzudenken. Unruhen und marodierende Plünderer, denen Niemand Einhalt gebietet? Ganze Städte brennen und keiner löscht? Drogenschmuggler und Menschenhändler haben freies Spiel? Flächendeckender Unterrichtsausfall? – Das sind Horrorvorstellungen, die sich keiner von uns ausmalen möchte. Die Tatsache, dass das

Berufsbeamtentum das Funktionieren des Staates, der Kommunen und vieler weiterer Institutionen sichert, sollte Grund genug für die Erhaltung des Berufsbeamtentums sein.

### **Angleichung von Ost und West**

Wer heute unter 35 Jahren alt ist, hat die deutsche Teilung nicht oder zumindest nicht bewusst erlebt. Trotzdem trägt auch die junge Generation durch ungleiche Lebensverhältnisse und unterschiedliche tarifliche Regelungen in Ost und West noch immer die Lasten der Deutschen Teilung. Wir fordern ein Ende dieser Ungerechtigkeit und die endgültige Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West.

Dass dies eine politische Notwendigkeit ist und nicht immer scheinbar unabweisbaren ökonomischen Zwängen unterliegen darf, zeigen die sehr unterschiedlich ausgeprägten politischen Entwicklungen in Ost und West und die damit einhergehende gesellschaftliche Spaltung. Hier ist zum einen die Politik zum Handeln gezwungen, zum anderen ist aber auch der dbb als gewerkschaftliche Tarifpartei dazu aufgerufen, die bedingungslose Angleichung der Arbeitsbedingungen in Ost und West zu erkämpfen.

*Die dbb jugend thüringen fordert daher:*

- gleiches Entgelt für die gleiche Tätigkeit.
- gleiche Höhe der Jahressonderzahlungen.
- gleiche Arbeitszeit für alle Tarifbeschäftigten in Ost und West von höchstens 39 Stunden pro Woche bei Vollzeit für den Geltungsbereich des TVL und des TVöD.
- gleiche Arbeitszeit für alle Beamten von Bund, Ländern, Kommunen und allen weiteren Dienstherrn von höchstens 39 Stunden pro Woche bei Vollzeit.
- die Einführung einer angemessenen Jahressonderzahlung für alle Beamte.
- Die Anpassung des Besoldungsniveaus durch die „Neuen Bundesländer“ an das Niveau der „Alten Bundesländer“, zum Beispiel an die Besoldungsgesetzgebung Bayerns.
- perspektivisch die Rückkehr zum Prinzip der bundeseinheitlichen Besoldung.

### **Anhebung der Eingangsämter**

Die Praxis der Beförderung ist, je nach Dienstherrn, im Freistaat höchst unterschiedlich. Während manche Kommune regelmäßig und zügig ihre Beamten befördert, wird die Beförderungspraxis im Landesdienst, besonders im Bereich der Polizei, vielfach heftig kritisiert. Umso mehr ist es angezeigt, grundsätzlich die Eingangsämter in bestimmten Bereichen anzuheben.

*Die dbb jugend thüringen fordert daher:*

- die generelle Anhebung der Eingangssämter im mittleren Dienst.
- die Durchlässigkeit der Laufbahnen und eine damit verbundene deutliche Erleichterung des Laufbahnaufstieges.

### **Tarifverträge konsequent anwenden**

Der Freistaat Thüringen ist ein kleinteiliges Bundesland. Dies ergibt sich aus seiner besonderen historischen Entwicklung. Dies wirkt sich wiederum auf die Anwendung des TVöD in den kleineren Kommunen aus. Es gibt viele Beispiele, bei denen Kommunen ihre Mitarbeiter\*innen nicht korrekt eingruppiert und/oder die Entgelte auf Stufe 2 oder 3 einfrieren. Oft wird dies mit dem ökonomischen Argument begründet. Ungerechte Eingruppierungen und Verweigerung des Stufenaufstiegs sind nicht nur rechtswidrig, sondern stellen auch eine Geringschätzung der Arbeit dar.

Wir wehren uns gegen diese Praxis und fordern die Thüringer Kommunen zur konsequenten Anwendung der tarifvertraglichen Regelungen auf. Die Kolleg\*innen dürfen keinesfalls die Leidtragenden einer falsch ausgerichteten Haushaltspolitik sein. Ferner muss es auch für junge Beschäftigte in den Kommunen und im ländlichen Raum eine Zukunft und eine Perspektive geben. Dies ist jedoch nicht gegeben, wenn selbst die öffentlichen Arbeitgeber nach dem "Niedriglohnprinzip" zahlen.

### **Arbeit im 21. Jahrhundert/Digitalisierung**

Im Bereich der öffentlichen Verwaltung sind die Möglichkeiten der besseren Vereinbarung von Beruf und Familie, von Arbeit, Freizeit und Ehrenamt in Zeiten der Digitalisierung breit gefächert. Leider hat Thüringen auch hier Nachbesserungsbedarf. Dies hat auch mit einer landläufig verbreiteten Meinung zu tun, dass Telearbeit, mobiles Arbeiten, agiles Arbeiten etc. – also nicht bürogebundene Arbeit – nichts weiter als verlängerte Freizeit unter Fortzahlung der Bezüge sei. Wir lehnen dieses Vorurteil ab, zumal jeder, der einmal in dieser Art und Weise gearbeitet hat, weiß, dass diese Vermutung schlicht unwahr ist.

Thüringen hat große Nachholbedarfe in Bezug auf den Ausbau des schnellen Internets, die Abdeckung des Mobilfunknetzes in der Fläche etc. Hier muss in den nächsten Jahren erhebliche Aufholarbeit geleistet werden, denn mangelnde Infrastruktur macht neue Arbeitsformen, wie Telearbeit, von vornherein unmöglich.

*Die dbb jugend thüringen fordert daher:*

- dass im Freistaat Thüringen der Ausbau der digitalen Infrastruktur in den nächsten Jahren massiv vorangetrieben wird.
- dass die Kommunen den politischen Druck erhöhen, um den Ausbau im ländlichen Raum endlich angemessen voranzutreiben.
- alle öffentlichen Arbeitgeber auf, von der Möglichkeit Arbeitserleichterungen für ihre Beschäftigten durch digitales, nicht-bürogebundenes Arbeiten reichlich Gebrauch zu machen.
- die Möglichkeit, Vor- oder Nacharbeiten am Dienstbeginn- oder ende in alternativen Arbeitsformen, wie Homeoffice und Telearbeit zu erledigen. Auch für Mitarbeitende ohne Büroarbeitsplatz.

Wir verkennen nicht, dass dies nicht in jedem Fall möglich ist. Ein Standesbeamter kann beispielsweise schwerlich Trauungen oder Beurkundungen im heimischen Arbeitszimmer durchführen. Dennoch ist Telearbeit oder mobiles Arbeiten, tage- oder stundenweise, für viele Mitarbeitende eine gute Möglichkeit, um Beruf und Freizeit besser zu vereinbaren bzw. die Quantität und Qualität ihrer Arbeit durch ein ruhiges und konzentriertes Arbeitsumfeld zu steigern.

### **Politische Bildung als Kernanliegen der Thüringer Schulen**

Die aktuellen politischen Entwicklungen im Freistaat haben bereits von einigen Seiten die Forderung nach einem höheren Stellenwert der politischen Bildung an den allgemein- und berufsbildenden Schulen laut werden lassen. Wir können uns dieser Forderung nur anschließen. Politische Bildung ist keine Nebensache, sondern Grundvoraussetzung dafür, junge Menschen zu wertvollen Mitgliedern der Gesellschaft und zu mündigen sowie engagierten Staatsbürger\*innen zu machen. Auch der öffentliche Dienst muss ein Kerninteresse an politisch interessierten und gebildeten jungen Menschen haben. Denn gerade die Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes müssen in besonderer Weise für den Rechtsstaat und die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten. Sie sind die Aushängeschilder des Staates. Sie sind die Vertrauensstiftenden und die Vermittelnden zwischen dem, was volkstümlich „der Staat“ genannt wird und der Gesellschaft.

*Die dbb jugend thüringen fordert daher:*

- mehr Platz für die Fächer Geschichte, Politik und Sozialkunde an den jeweiligen Schulformen und Bildungsgängen.

### **Chance Jobticket: Der öffentliche Dienst als Klimaschützer**

Das Land Hessen ist mit seinem Jobticket für die Landesbediensteten im TV Hessen 2017 einen entscheidenden Schritt in die richtige Richtung vorausgegangen. Das Jobticket für den ÖPNV bietet eine Chance auf Zukunft.

Der ÖPNV ist ein Klimaschützer. Weniger Individualverkehr und mehr Nutzung von Bus und Bahn sind zentrale Forderungen in Politik und Gesellschaft, um unseren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Auch, wenn dieser gerade in Thüringen noch erheblich ausgebaut werden muss.

Der ticketfreie ÖPNV ist eine Vision, der wir uns vollkommen anschließen wollen. Zumal dies gesamtgesellschaftlich eine positive Auswirkung hätte. Hierbei ist uns jedoch bewusst, dass es sich um eine Vision handelt, deren praktische Umsetzung noch einige Zeit bedürfen wird. Alternativ weisen wir darauf hin, dass es vielfach die politische Forderung nach einem grundsätzlich günstigeren ÖPNV gibt.

*Die dbb jugend thüringen fordert daher:*

- die Aufnahme eines kostenfreien Jobtickets für die Beschäftigten in den TVL und in den TVöD. Ferner sollte es Einzug in die Besoldungsgesetze aller Länder und des Bundes finden.

### **Kostenfreie Kita – Jetzt.**

Die Grundsatzfrage, ob alle Kinder eine Kita besuchen sollen, müssen Eltern individuell beantworten. Wir bekennen uns jedoch zu den positiven Wirkungen der frühkindlichen Bildung in Kindertageseinrichtungen, die mit dem Thüringer Friedrich Fröbel Ihren Anfang genommen hat.

Für viele Familien in Thüringen sind die Kita-Gebühren jedoch mittlerweile eine erhebliche Last. Dies ist besonders bei Familien mit mehreren Kindern der Fall. Gerade in den größeren Städten Thüringens sind die Gebühren für Kindertagesbetreuung in den vergangenen

Jahren sehr stark gestiegen. In Erfurt ist es beispielsweise nicht ungewöhnlich, dass Eltern bis zu 600,00 € pro Monat für einen Betreuungsplatz aufbringen müssen.

Die Höhe der Betreuungsgebühren ist, in Anbetracht der immer noch deutlich hinter dem Bundesdurchschnitt zurückbleibenden niedrigen Einkommen Thüringens, für viele Familien eine erhebliche Belastung. Will man Familien entlasten und so die Stabilität der Bevölkerungszahl und Ausgewogenheit der Bevölkerung im Freistaat sicherstellen, muss hier gehandelt werden.

*Die dbb jugend thüringen fordert daher:*

- die Gebührenfreiheit für alle Kindertageseinrichtungen für alle Kinder im Freistaat, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

### **Die Thüringer Polizei wieder stark machen**

Verschafft man sich einen Eindruck von dem Stimmungsbild in der Thüringer Polizei fällt auf, dass das Klima sehr schlecht ist. Gründe hierfür sind u. a. die immer noch nicht verwundene Polizeistrukturereform, eine – mit anderen Bundesländern verglichen – niedrige Besoldung und ein enormer Beförderungsstau. Gerade im mittleren Polizeivollzugsdienst ist die Frustrationsrate enorm hoch. Die Idealvorstellung wäre es, dass die Beamten unmittelbar nach Erreichen der Beförderungseife und Ablauf der gesetzlichen Beförderungssperren, auch tatsächlich in das nächsthöhere Amt der jeweiligen Laufbahn befördert werden.

*Die dbb jugend thüringen fordert daher:*

- mehr Sammeldienstposten in der Thüringer Polizei mit den Endämtern A9 mD und A 10, auf welchen die Kolleg\*innen vom Laufbahnbeginn bis zum Endamt verbleiben und durchbefördert werden können.
- eine Angleichung der Eingangsstufen des Polizeivollzugsdienstes und des Verwaltungsdienstes im Geschäftsbereich der Thüringer Polizei.
- die Einrichtung eines besonderen Vorbereitungsdienstes für den Verwaltungsdienst in der Thüringer Polizei.
- ein deutlich gerechteres Beförderungssystem, welches nicht weit hinter den gesetzlichen Beförderungssperren des Thüringer Laufbahngesetzes zurückbleibt.

## **Zeitgemäße Befugnisse und Anerkennung für Mitarbeiter\*innen der Ordnungsbehörden**

In den Ordnungsbehörden der Thüringer Gemeinden und Kreisverwaltungen arbeiten viele jungen Menschen, die mit Leidenschaft und Engagement ihrer Arbeit nachgehen. Viele junge Kolleg\*innen beklagen jedoch die rückständige Gesetzgebung und den mangelnden Schutz im Dienst.

Gerade in Zeiten steigender Aggressivität gegenüber Einsatzkräften müssen die Mitarbeitenden der Ordnungsbehörden besser vor tätlichen Angriffen geschützt werden. Das muss sowohl durch politische Rückendeckung der Dienststellenleitenden als auch handfest, durch bessere Schutzausrüstung der Bediensteten geschehen.

Auch der Verunsicherung vieler Bürger\*innen, in Bezug auf die Situation der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, muss Rechnung getragen werden. Während sich die Polizei, durch Strukturreform und Personalabbau geschwächt, aus manchen Aufgabenbereichen zurückziehen muss, steigt der Wunsch der Bürger\*innen nach einer sichtbaren Präsenz von Sicherheitskräften. Mehr Befugnisse für die Ordnungsbehördenmitarbeitenden, z.B. nach dem Vorbild Hessens und die Möglichkeit des Umbaus zur Ortspolizeibehörden, nach dem Vorbild Sachsens, könnten hierfür eine sinnvolle Lösung sein.

*Die dbb jugend thüringen fordert daher:*

- ein zeitgemäßes Ordnungs- und Sicherheitsbehördengesetz mit erweiterten Befugnissen und besseren Schutzbestimmungen für die Mitarbeitenden der Ordnungsbehörden.
- beste Ausrüstung der Außendienstmitarbeitenden der Ordnungsbehörden, z.B. mit schuss- und stichsicheren Westen, bissfesten Hosen, wetterfester Kleidung und rechtskonformen Abwehrmitteln.

## **Die Feuerwehren im Freistaat – Gefahrenabwehr zukünftig ohne Ehrenamt?**

Die Berufsfeuerwehren haben unter dem enormen Fachkräftemangel im Bereich des feuerwehrtechnischen Dienstes zu leiden. Der feuerwehrtechnische Dienst erfordert enorm motivierte und einsatzwillige, aber auch technisch und fachlich bestens geschulte Mitarbeitende. Der Wettbewerb um die besten Köpfe auf dem Arbeitsmarkt dauert seit Jahren an. Der Freistaat Thüringen ist zwar Vorreiter mit der sogenannten Feuerwehrrente, jedoch kann das nicht als Anreizsystem, vor allem für junge Nachwuchskräfte, gesehen

werden. Vielmehr müssen seitens des Landes mehr attraktive Angebote zur Nachwuchsgewinnung entwickelt werden. Außerdem haben die Berufsfeuerwehren im Freistaat auch durch das Besoldungsgefüge in Thüringen einen natürlichen Standortnachteil. Eine Angleichung des Besoldungsniveaus, z.B. an das des Freistaates Bayern, würde hierbei Abhilfe schaffen.

Ferner haben die Freiwilligen Feuerwehren seit Jahren unter schwindenden Mitgliederzahlen und den zunehmenden Schwierigkeiten bei der Nachwuchsgewinnung zu leiden. Gerade im ländlichen Raum, wo es bis vor wenigen Jahren noch undenkbar war, dass Wehren nicht mehr einsatzfähig sein könnten oder sich Wehren, aufgrund von Personalmangel, gar auflösen müssten. Die Landkreise und kreisangehörigen Gemeinden sind seit Jahren aktiv dabei neue Ehrenamtliche, aber auch neue Ehrenbeamte für die Freiwilligen Wehren zu gewinnen. Trotz dieser Bemühungen kam es bereits zu Auflösungen von Freiwilligen Feuerwehren. Um ehrenamtliche Einsatzkräfte zu gewinnen sind ebenfalls attraktive Angebote notwendig. Dies können entweder verschiedene jährliche Aufwandsentschädigungen für alle aktiven, ehrenamtlichen Kamerad\*innen sein oder Vergünstigungen, die mit Geschäften oder Einrichtungen verhandelt werden und nicht nur gebietsbezogen nutzbar sind. In diesem Zusammenhang muss auch auf die Erhöhung der Ehrenamtspauschale hingewirkt werden, sodass Ehrenamtliche, die bereits gewisse Funktionen übernehmen, nicht auch noch dafür Abgaben zahlen müssen.

Aufgrund des Personalmangels ist es essenziell, Mitarbeitende des öffentlichen Dienstes für die ehrenamtliche Tätigkeit der Brandbekämpfung zu motivieren. Hierfür sind Anreize wie beispielsweise Sonderurlaubstage und Freistellungen erforderlich. Hier gehört es auch dazu, dass Ehrenamtliche während ihrer Arbeitszeit einzelne Aufgaben (beispielsweise Telefonate führen, Schreiben und Ausbildungsunterlagen erstellen) wahrnehmen können. Hier könnte man Mitarbeiter\*innen zum Beispiel wöchentlich drei bis vier Stunden innerhalb ihrer Arbeitszeit zur Verfügung stellen. Natürlich müssen diese Aspekte auch bei der Planung von Stellen berücksichtigt werden, sodass nicht andere Kolleg\*innen die Arbeit übernehmen müssen.

Aktuell befinden sich die meisten Ehrenamtlichen außerhalb der Ortschaften und rücken oftmals mit der Alarmierung zur Einsatzstelle nach. Auch hier besteht die Schwierigkeit, dass die Einsatzkräfte, aufgrund der Anfahrtszeiten und Verkehrslage, immer länger brauchen, um am Einsatzort einzutreffen. Ob die Gefahrenabwehr auf rein ehrenamtlicher Basis noch eine Zukunft hat, steht derzeit in Frage. In jedem Falle ist die Gefahrenwehr und



die damit verbundene Brandbekämpfung eine der zentralen Kernaufgaben der Gemeinden im übertragenen Wirkungskreis. Die Bürger\*innen müssen sich auf die Gefahrenabwehr im Ernstfall verlassen können.

Durch die stetig wachsenden Verwaltungsaufgaben bei den Freiwilligen Feuerwehren wäre es außerdem sinnvoll, dass innerhalb der Verwaltungen mehr Personal eingestellt wird, um den Ehrenamtlichen diese Aufgaben abzunehmen.

*Die dbb jugend thüringen fordert daher:*

- die Besoldung der Anwärter\*innen des feuerwehrtechnischen Dienstes im Vorbereitungsdienst nach A6, um die Attraktivität des Vorbereitungsdienstes zu steigern und um deutlich mehr Menschen für den feuerwehrtechnischen Dienst zu motivieren.
- die Einführung einer Notfallsanitäter-Zulage, nach dem Vorbild norddeutscher Bundesländer.
- die Gründung neuer Berufsfeuerwehren in den Landkreisen, zur Sicherung einer Gefahrenabwehr im ländlichen Raum. Hierbei darf auch die Möglichkeit der Gründung von Zweckverbänden zwischen Gemeinden, für mehrere Landkreise oder zwischen einer kreisfreien Stadt und einem Landkreis, nicht außer Acht gelassen werden.
- den vermehrten Einsatz von hauptamtlichen Kräften bei Freiwilligen Feuerwehren, für eine Übernahme der wachsenden laufenden Tätigkeiten sowie der Tageseinsatzbereitschaft.
- drei Sonderurlaubstage im Jahr für alle freiwilligen Feuerwehrleute, um mehr Mitarbeitende des öffentlichen Dienstes für den ehrenamtlichen Dienst in der Brandbekämpfung zu motivieren.
- flächendeckende Freistellungen zur Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr, ohne enormen Verwaltungsaufwand.
- eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten an der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule sowie eine Sanierung der Unterkünfte für die Lehrgangsteilnehmenden, entsprechend den heutigen Standards.

## **Die Fehler der Vergangenheit korrigieren – Junge Lehrer konsequent verbeamtet**

In der Vergangenheit wurden viele Fehler in der Personalpolitik des Thüringer Kultusministeriums gemacht. Heute sind die Folgen deutlich zu erkennen. Zu wenig Lehrende und vor allem: zu wenig junge Lehrende. Folgen, wie Unterrichtsausfall und der Weggang junger Absolvierender in andere Bundesländer, sind die logischen Konsequenzen. Einer der Kernfehler war der jahrelange Verzicht auf die Verbeamtung junger Lehrender und die Verknappung von Referendarsstellen. Wir fordern den Freistaat Thüringen zu einer Personaloffensive auf. Junge Lehrende müssen konsequent verbeamtet und angemessen besoldet werden. Die Schulen in Thüringen brauchen die Thüringer Lehramtsanwärter\*innen. Schafft der Freistaat die Trendwende nicht, wird das katastrophale Folgen für den Thüringer Schuldienst haben.

Weiterhin fordern wir die Schaffung von Leistungsanreizen durch die Wiedereinführung realistischer Beförderungsmöglichkeiten, unabhängig von einer Funktionsstelle. Hierfür wäre ein Beförderungssystem, welches die Übernahme von zusätzlichen Aufgaben belohnt, wünschenswert. Insbesondere bei der Übernahme einer Tätigkeit als Beratungslehrkraft, Berufsorientierungskoordinator\*in oder Ausbildungsverantwortlicher. Beratungslehrkräfte leisten in heutigen Zeiten eine unentbehrliche Arbeit an Thüringer Schulen, oftmals verbunden mit zahlreichen Gesetzgebungen und Fortbildungen. Auch die Arbeit von Berufsorientierungskoordinator\*innen sollte einer Würdigung zukommen. Oftmals ist der Aufbau eines Netzwerkes notwendig, um eine gute und zukunftsorientierte Berufsberatung der Schülerschaft zu sichern. Durch die zahlreichen Quer- und Seiteneinsteigenden ist die Aufgabe des Ausbildungsverantwortlichen ebenfalls zu würdigen.

Zeitgleich wird die Absicherung bzw. Schaffung von Abminderungsstunden für Lehrende, welche mit besonderen Aufgaben betraut sind, zwingend notwendig. Im Schuljahr 2019/20 wagte das Schulamt Ostthüringen in Form eines "Hinweises" den Vorstoß, zum Zwecke der Unterrichtsabsicherung Abminderungsstunden möglichst zu tilgen. Dies wäre der "Genickbruch" für den alltäglichen Schulbetrieb und zugleich eine Herabwürdigung der geleisteten Arbeit entsprechender Kolleg\*innen, die oftmals über das Maß der tatsächlichen Stundenabminderung hinaus ihre besonderen Aufgaben erfüllen. Vielmehr müsste über garantierte Abminderungsstunden für Klassenleiter\*innen, Technik-Beauftragte etc. befunden werden.

Weiterhin fordern wir, die Anliegen der jungen Lehrer\*innen ernst zu nehmen und sich an Versprechen zu halten. Fälle, in denen Versetzungen abgelehnt wurden, obwohl Härtefälle

vorliegen, sollten ebenso der Vergangenheit angehören, wie Kolleg\*innen, die zahlreiche Versetzungsanträge stellen müssen. In den nächsten Jahren scheidet nicht nur zahlreiche ältere Kolleg\*innen aus dem Schuldienst aus, sondern es verlassen auch zunehmend junge Lehrkräfte den Schuldienst, um in der freien Wirtschaft oder anderen Bundesländern eine deutlich bessere Perspektive zu haben.

*Die dbb jugend thüringen fordert daher:*

- die Verfolgung einer offensiven Personalpolitik.
- die Schaffung von Leistungsanreizen durch entsprechender Beförderungsmöglichkeiten, Würdigungen und Abminderungsstunden.
- eine Entlastung von Lehrkräften und Schulleitungen im Hinblick auf Verwaltungsaufgaben.
- dass Anliegen junger Lehrkräfte, im Hinblick auf Versetzungsanträge, ernst genommen werden.
- eine endgültige Umsetzung der Digitalisierung in allen Thüringer Schulen durch die Bereitstellung von Geld und durch entsprechende Schulungen für Lehrer\*innen.

### **Finanzverwaltung – Ohne sie bleibt die Kasse des Freistaates leer!**

Die Finanzverwaltung und deren Mitarbeitenden sind einer der Grundpfeiler des Beamtentums im Freistaat Thüringen. Ohne sie, die tagtäglich für die Gleichmäßigkeit der Besteuerung und für Steuergerechtigkeit sorgen, wäre der Freistaat Thüringen nicht arbeitsfähig. Die Finanzbeamten sorgen dafür, dass der Freistaat Thüringen sich finanzieren und all die Ausgaben tätigen kann, welche notwendig sind. Dazu gehören nicht nur die, den Thüringer Beamten und Tarifbeschäftigten monatlich zustehenden, Dienstbezüge und Löhne, sondern auch die öffentlichen Ausgaben für Schulen, Hochschulen, Polizei und viele andere Ausgaben des öffentlichen Lebens. Es ist daher unabdingbar, die Finanzbeamten genauso zu motivieren und ihre Arbeit zu honorieren, wie es auch in anderen Ressorts der Fall ist.

Die Landesregierung hatte zuletzt die Beförderungsquote von 5 % abgeschafft. Dies ist auch in fast allen Ressorts des Landes angekommen. Lediglich die Finanzverwaltung hält sich eisern an die 5 % Quote, während andere Bereiche unabhängig davon ihre Beamten befördern. Dass dies zu Unmut und vor allem zu Demotivation führt, ist kein Geheimnis. Ein

Abbau des seit Jahren in der Finanzverwaltung bestehenden Beförderungsstaus ist so nicht möglich.

Mit der fortschreitenden automatisierten Bearbeitung der Steuerfälle und der Digitalisierung in allen Bereichen geht keine Vereinfachung für die Finanzbeamten einher. Im Gegenteil: Die einfacheren Fälle werden vollautomatisch veranlagt, während nur noch die komplexeren und anspruchsvolleren Fälle auf den Tischen der Bearbeitenden landen. Die Veranlagung verlangt mehr und mehr nach sehr gut ausgebildeten Beamten und deren Fachwissen. Es ist daher umso dringender, die immer anspruchsvoller werdende Arbeit der Finanzbeamten zu honorieren und entsprechend auch mit Beförderungen spürbar anzuerkennen. Bereits mit diesem Schritt würde auch ein Teil des Beförderungsstaus aufgelöst werden. Zusätzlich steigert dies die Attraktivität der Beamtenlaufbahn, was im kontinuierlichen Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um Auszubildende, Studierende und Beschäftigte nicht aus den Augen verloren werden darf.

*Die dbb jugend thüringen fordert daher:*

- die Regelbeförderung für alle Beamten aller Laufbahnen der Finanzverwaltung zwei Jahre nach Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit.

### **Justizdienst – Handlungsfähigkeit von Justiz und Verwaltung sichern**

Thüringen kann sich einen Rückgang von Justizbewerbern, aufgrund unattraktiver Ausbildungsbedingungen, nicht leisten. Schon jetzt sind Gerichte und Staatsanwaltschaften überlastet und es ist absehbar, dass es bald zahlreiche qualifizierte Juristen brauchen wird, um die Altersabgänge im höheren Verwaltungsdienst auszugleichen. Wer heute gute Ausbildungsbedingungen schafft, sichert die Handlungsfähigkeit von Justiz und Verwaltung für Morgen. Es ist ein umfassendes Konzept zur Gewinnung von Nachwuchs im Bereich der Justiz erforderlich, da der öffentliche Dienst an Attraktivität verloren hat. Seit Jahren sind die Bewerbungszahlen rückläufig. Dabei ist es unumstritten, dass wir zur Gewährleistung eines funktionierenden Rechtsstaates weiterhin fähige Köpfe brauchen. Hierbei sollten verschiedene Perspektiven berücksichtigt werden, wie z.B. den Bekanntheitsgrad des Berufs Rechtspfleger zu steigern, den Beruf durch höhere Ausbildungs- und Einstiegsgehälter attraktiver zu machen, von Öffnungsklauseln stärker Gebrauch machen und den Rechtspflegern im Rahmen des Möglichen mehr Entscheidungskompetenzen zu übertragen.

Die Stellung des Rechtspflegers ist verfassungsrechtlich nicht abgesichert. Im Hinblick auf die Bewahrung der Rechtssicherheit und der Rechtsstaatlichkeit ist auf eine entsprechende verfassungsrechtliche Verankerung hinzuwirken. Hierfür wird die Anpassung gesetzlicher Vorschriften angestrebt. Der Rechtspfleger soll künftig genauso einen festen Platz im Gerichtsverfassungsgesetz finden wie der Richter. Außerdem wäre es wünschenswert, wenn die Paragraphen 5 und 7 des Rechtspflegergesetzes ersatzlos aufgehoben werden.

Um die Attraktivität des Berufs Rechtspfleger zu steigern, wird die Einführung einer Einheitslaufbahn gefordert. Dadurch würden alle Rechtspfleger\*innen mit der Verleihung der Befähigung zum Rechtspflegerdienst ein einheitliches Amt im dienst- und besoldungsrechtlichen Sinne erhalten. Die Höhe der Besoldung soll sich an der jeweils aktuellen Besoldungshöhe der Besoldungsämter A12 bis A14 (-Z) orientieren und eine kontinuierliche Progression zwischen diesen Besoldungshöhen enthalten. Bis zur Einführung der Einheitslaufbahn wird zumindest die Anhebung des Einstiegsamtes auf A10 gefordert. Rechtspfleger\*innen sind bereits heute in ihrer Tätigkeit bis zu einer Besoldungshöhe von A13 Z, was A14 entspricht, bewertet. Eine analytische Dienstpostenbewertung in Baden-Württemberg hat gezeigt, dass es in der rechtspflegerischen Tätigkeit keine Einsatzgebiete gibt, die faktisch unterhalb von A11 bewertet werden können.

*Die dbb jugend thüringen fordert daher:*

- die Umsetzung umfassender Nachwuchsgewinnungskonzepte im Bereich der Justiz.
- eine Aufnahme des Berufs der Rechtspfleger in das Gerichtsverfassungsgesetz sowie eine Streichung der Paragraphen 5 und 7 des Rechtspflegergesetzes.
- die Einführung einer Einheitslaufbahn.

### **Das Beamtentum als Rezept gegen den IT-Fachkräftemangel**

Die Thüringer Kommunen und auch die Behörden des Freistaats beklagen einen spürbaren Fachkräftemangel im Bereich IT und Technische Dienste. Diesem Mangel muss man entgegensteuern. Für hochqualifizierte IT-Fachkräfte sind die Bedingungen im öffentlichen Dienst meist zu starr und die Bezahlung zu niedrig. Hierauf müssen Dienststellen reagieren. Der öffentliche Dienst kann nicht die Flexibilität großer IT-Firmen bieten. Aber er kann den Fachkräften mit mehr Flexibilität entgegenkommen und er kann Ihnen etwas geben, was keine IT-Firma liefern kann: Den Beamtenstatus. Nur so kann gewährleistet werden, dass der öffentliche Dienst im Wettbewerb, um die besten Köpfe im IT-Sektor, nicht zurückbleibt.

*Die dbb jugend thüringen fordert daher:*

- eine konsequentere Berufung in das Beamtenverhältnis und eine Einstellung in den technischen Dienst von IT-Fachkräften.

### **Gesundheitsversorgung nicht durch Neiddebatten ruinieren**

Es ist bekannt, dass sich der dbb beamtenbund und tarifunion für das hergebrachte Prinzip der Alimentation einsetzt. Die Pension als Altersversorgung soll und muss bleiben. Ferner die hergebrachte Gesundheitsversorgung aus dem Zusammenspiel von Beihilfe und Privater Krankenversicherung.

Die volkstümlich verbreitete Stammtischrede von den Beamten, welche nicht in Renten- und Krankenversicherungen einzahlen, ist hinlänglich bekannt. Zwar ist dies richtig, dennoch ist zu bedenken, dass sie auch keine Leistungen daraus beziehen, da Sie aufgrund des besonderen Berufsstatus nicht Teil des Solidarsystems sind. Würde man die Beamten überführen, so würden nicht nur neue Beitragszahlende ins System gelangen, sondern auch deutlich mehr Leistungsempfangende. Die daraus entstehenden Kosten würden die neu gewonnenen Einnahmen aus den Beiträgen wieder aufzehren bzw. würden eventuell darüber hinaus noch Kosten verursachen. Hinzu kämen lange Übergangsfristen eines Systemwechsels, immense Kosten sowie ein hoher bürokratischer Aufwand.

Ferner darf in der juristischen Betrachtung in keinem Falle außer Acht gelassen werden, dass es sich bei Alimentation und Versorgung um einen hergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtentums handelt (Vgl. Artikel 33 Abs. 5 Grundgesetz i. V. m. Urteil des Bundesverfassungsgerichts BVerfGE 8, 143) und demnach auch der Fürsorgepflicht des Dienstherrn zuzurechnen ist.

Eine Abkehr von diesem Prinzip wäre somit, nach unserem Dafürhalten, ausdrücklich verfassungswidrig. Vor solch einem Verfassungsbruch sollten wir uns, in Anbetracht der Erfahrungen unserer Geschichte, in jedem Falle strengstens hüten. Eine Spielvariante wäre die, in manchen Bundesländern für bestimmte Beamtengruppen geübte, freie Heilfürsorge. Dann aber für alle Beamtengruppen ohne Ansehen des Fachbereichs.

Die Beamten sind nicht schuld an der Schieflage des Systems der Gesetzlichen Rentenversicherung und an den massiven Mängeln in der gesetzlichen Krankenversicherung, sowie im öffentlichen Gesundheitssystem. Sie für das Versagen der politischen Verantwortungstragenden und für eine extreme Kommerzialisierung der Gesundheitswirtschaft heranziehen zu wollen, ist verantwortungslos und unangemessen.

*Die dbb jugend thüringen fordert daher:*

- den Erhalt des Gesundheitsvorsorgesystems der Beamten.